

**Gerhard Schürer/Gerhard Beil/Alexander Schalck/Ernst Höfner/Arno Donda,
Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen,
Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, 30.10.1989**

Abschrift

Gerhard Schürer
Gerhard Beil
Alexander Schalck
Ernst Höfner
Arno Donda

Berlin, 30. Oktober 1989
36 Ex., je 24 Blatt
37 Ex., 24 Blatt

V o r l a g e
für das Politbüro des Zentralkomitees der SED

Betreff: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit
Schlussfolgerungen

Beschlussentwurf: 1. Der Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit
Schlussfolgerungen wird zur Kenntnis genommen; den
Schlussfolgerungen wird zugestimmt.

2. Die Analyse und die Schlussfolgerungen sind in
ausgewogener Form dem Entwurf der Rede des
Generalsekretärs, Genossen Egon Krenz, für die 10. Tagung
des ZK zugrunde zu legen.

(Unterschrift)
Gerhard Schürer

Zur Behandlung der Vorlage
sind einzuladen:

Gerhard Schürer
Gerhard Beil
Alexander Schalck
Ernst Höfner
Arno Donda

Die Vorlage wurde
ausgearbeitet von:

Begründung: Beschluss des Politbüros vom 24. Oktober 1989, Punkt 1

Verteiler:

1.- 30. Ex. Politbüro des ZK der SED
31. Ex. Genosse Schürer
32. Ex. Genosse Ehrensperger
33. Ex. Genosse Beil
34. Ex. Genosse Schalck
35. Ex. Genosse Höfner
36. Ex. Genosse Donda

Dokument:

Gerhard Schürer/Gerhard Beil/Alexander Schalck/Ernst Höfner/Arno Donda, Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, 30.10.1989

Geheime Verschlusssache
b 5 – 1158/89
37. Ausf., Seiten 1–22
Vernichtung: 31.12.1989

Geheimhaltungsgrad darf
nicht verändert werden.

A n a l y s e
der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen

Ausgehend vom Auftrag des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Egon Krenz, ein ungeschminktes Bild der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen vorzulegen, wird folgendes dargelegt:

I.

Die Deutsche Demokratische Republik hat beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bedeutende Erfolge erreicht, die auch international anerkannt werden. In einer zur Vorbereitung des XII. Parteitagés ausgearbeiteten Analyse werden die auf vielen Gebieten erreichten bedeutenden Erfolge bei der Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR ausführlich dargelegt, die hier nur zusammengefasst eingeschätzt sind.

Es wurde ein dynamisches Wachstum des Nationaleinkommens über einen Zeitraum von 17 Jahren in Höhe von rd. 4 % durchschnittlich jährlich realisiert, wobei sich das Wachstum in der letzten Zeit im Zusammenhang mit dem Rückgang der produktiven Akkumulation verlangsamt.

Auf dem Wege der Intensivierung wurden volkswirtschaftlich wichtige qualitative Aufgaben gelöst. Beim Einsatz von Roh- und Werkstoffen verminderte sich der spezifische Verbrauch gegenüber 1980 auf 74 %, wobei die Zielstellungen des Fünfjahresplanes 1986 – 1990 zur Senkung des spezifischen Materialverbrauchs nicht erreicht wurden.

Bedeutende Ergebnisse wurden bei der Anwendung von Schlüsseltechnologien erreicht.

Wir haben in der Mikroelektronik als eines der wenigen Länder der Welt die Entwicklung und Produktion mikroelektronischer Bauelemente einschließlich eines wesentlichen Teils der dazu erforderlichen speziellen Produktionsausrüstungen für hochintegrierte Schaltkreise gemeistert. Dabei wird infolge des ungenügenden Standes der Arbeitsteilung ein breites Sortiment an mikroelektronischen Erzeugnissen entwickelt und produziert. Die Kosten für diese Erzeugnisse betragen z. Z. ein Mehrfaches des internationalen Standes. Ihr Einsatz in der Volkswirtschaft der DDR und im Export muss gegenwärtig mit über 3 Mrd. M pro Jahr gestützt werden. Die weitere Entwicklung verlangt dringend die Vertiefung der Kooperation, besonders mit der UdSSR.

Durch steigende Leistungen in der pflanzlichen und tierischen Produktion in der Landwirtschaft wurde der wachsende Verbrauch der Bevölkerung an Nahrungsmitteln sowie die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen gewährleistet. Die aufeinanderfolgenden unterdurchschnittlichen Ernten in den Jahren 1988 und 1989 erfordern jedoch wiederum Getreideimporte aus dem NS, die durch hohe Anstrengungen in den vergangenen Jahren bereits abgelöst waren.

Das Verkehrswesen wurde mit dem Schwerpunkt der Verlagerung der Transporte von der Straße auf die Eisenbahn entwickelt und die Elektrifizierung von 20 auf 40 % erhöht. Der Ausbau der Infrastruktur, darunter das Straßenwesen, musste insgesamt aufgrund der zurückgehenden Akkumulationskraft vernachlässigt werden; der Verschleißgrad des Autobahn- und Straßennetzes ist hoch.

Das Realeinkommen der Bevölkerung verbesserte sich allein im Zeitraum 1980 – 1988, wo sich in vielen Ländern die Lebenslage der Werktätigen verschlechterte, um 4,4 % durchschnittlich jährlich.

Das ist disproportional zum Wachstum des produzierten Nationaleinkommens mit 4,2 %.

Dokument:

Gerhard Schürer/Gerhard Beil/Alexander Schalck/Ernst Höfner/Arno Donda, Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, 30.10.1989

Seit 1970 wurden mehr als 3 Millionen Wohnungen neugebaut bzw. rekonstruiert und damit für 9 Millionen Menschen, d. h. mehr als die Hälfte der Bevölkerung der DDR, qualitativ neue Wohnbedingungen geschaffen.

Infolge der Konzentration der Mittel wurden zur gleichen Zeit dringendste Reparaturmaßnahmen nicht durchgeführt und in solchen Städten wie Leipzig, und besonders in Mittelstädten wie Görlitz u. a. gibt es tausende von Wohnungen, die nicht mehr bewohnbar sind.

Auf der Grundlage unseres sozialistischen Planungssystems konnten eine Reihe wichtiger Reformen, insbesondere die intensive Entwicklung der Volkswirtschaft in allen Hauptbereichen, rechtzeitig gewährleistet werden.

Die Feststellung, dass wir über ein funktionierendes System der Leitung und Planung verfügen, hält jedoch einer strengen Prüfung nicht stand. Durch neue Anforderungen, mit denen die DDR konfrontiert war, entstanden im Zusammenhang mit subjektiven Entscheidungen Disproportionen, denen mit einem System aufwendiger administrativer Methoden begegnet werden sollte. Dadurch entwickelte sich ein übermäßiger Planungs- und Verwaltungsaufwand. Die Selbständigkeit der Kombinate und wirtschaftlichen Einheiten sowie der Territorien wurde eingeschränkt.

Die Disproportionen im volkswirtschaftlichen Maßstab, zwischen den Zweigen sowie die schnellere Entwicklung der Finalerzeugnisse gegenüber der Zulieferproduktion konnten dadurch jedoch nicht eingeschränkt werden.

Die Bildung und Ausgestaltung der Kombinate war ein richtiger und bedeutender Schritt zur Entwicklung der Leitung und Planung. Die vorgegebene Strategie, dass die Kombinate alles selbst machen sollten, führte zu bedeutenden Effektivitätsverlusten, die sich aus der objektiv notwendigen Vertiefung der Arbeitsteilung und zunehmenden Kooperation ergebenden Effekte konnten nicht genutzt werden.

Dadurch trat u. a. eine Tendenz der Kostenerhöhung ein, wodurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit abnahm.

Das bestehende System der Leitung und Planung hat sich hinsichtlich der notwendigen Entwicklung der Produktion der "1000 kleinen Dinge" sowie der effektiven Leitung und Planung der Klein- und Mittelbetriebe und der örtlichen Versorgungswirtschaft trotz großer Anstrengungen zentraler und örtlicher Organe nicht bewährt, da ökonomische und Preis-Markt-Regelungen ausblieben.

Die Anwendung und Weiterentwicklung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung ist richtig. Diese Prinzipien können aber nur effektiv gestaltet werden, wenn reale Pläne mit entsprechenden Reserven in den Bilanzen die Grundlagen sind. Nur unter diesen Bedingungen kann die Flexibilität und Beweglichkeit der Wirtschaft verbessert werden. Infolge der hohen Konsumtionsrate fehlen dazu jedoch materielle und finanzielle Mittel.

Um ein ungeschminktes Bild unserer wirtschaftlichen Lage zu geben, muss im Zusammenhang mit der insgesamt positiven Entwicklung auf besondere Probleme der Sicherung der Akkumulation, der Proportionalität, des Entwicklungstempos und der Verwirklichung des Leistungsprinzips hingewiesen werden.

Im internationalen Vergleich der Arbeitsproduktivität liegt die DDR gegenwärtig um 40 % hinter der BRD zurück. Im Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens sowie der zur Verfügung stehenden Ressourcen besteht ein Missverhältnis zwischen dem gesellschaftlichen Überbau und der Produktionsbasis.

Die Verschuldung im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet ist seit dem VIII. Parteitag gegenwärtig auf eine Höhe gestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR in Frage stellt.

Die ökonomische Lage der DDR wird durch folgende Hauptfakten gekennzeichnet:

1. Die Auswirkungen des Rückgangs der Akkumulationsrate von 29 % im Jahre 1970 auf 21 % laut Plan 1989, die ausschließlich zu Lasten der produzierenden Bereiche gegangen ist, sind schwerwiegender als bisher eingeschätzt.

Die Rate der Akkumulation für produktive Investitionen ging von 16,1 % 1970 auf 9,9% 1988 zurück.

Der Anteil der Akkumulation in den nichtproduzierenden Bereichen einschließlich Wohnungsbau ist seit den 70er Jahren mit einem Anteil von etwa 9 % gleichgeblieben.

Dokument:

Gerhard Schürer/Gerhard Beil/Alexander Schalck/Ernst Höfner/Arno Donda, Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, 30.10.1989

Während die Akkumulation in den produzierenden Bereichen im Zeitraum 1970 – 1988 auf 122 % stieg, erhöhten sich die Investitionen im nichtproduzierenden Bereich einschließlich Wohnungsbau auf 200 %. Dabei sind durch die Konzentration der Mittel auf den Wohnungs- und Gesellschaftsbau bestimmte, für die Versorgung der Bevölkerung wichtige Bereiche, wie das Gesundheitswesen, vernachlässigt worden.

Die Konzentration der ohnehin zu geringen Investitionen auf ausgewählte Zweige hat zum Zurückbleiben in anderen Bereichen, darunter der Zulieferindustrie, geführt. Hinzu kommt, dass große Investitionsobjekte mit bedeutendem Aufwand nicht den geplanten Nutzen erreicht haben.

Auf einer Reihe von Gebieten sind modernste und hocheffektive Ausrüstungen vorhanden, wie z. B. in der Mikroelektronik, im Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau und auf Teilgebieten der Leichtindustrie, der Möbelindustrie sowie im Bereich Glas- und Keramikindustrie. Insgesamt hat sich jedoch der Verschleißgrad der Ausrüstungen in der Industrie von 47,1 % 1975 auf 53,8 % 1988 erhöht, im Bauwesen von 49 % auf 67 %, im Verkehrswesen von 48,4 % auf 52,1 % und in der Land-, Forst und Nahrungsgüterwirtschaft von 50,2 % auf 61,3%. In bestimmten Bereichen der Volkswirtschaft sind die Ausrüstungen stark verschlissen, woraus sich ein überhöhter und ökonomisch ineffektiver Instandhaltungs- und Reparaturbedarf ergibt. Darin liegt auch eine Ursache, dass der Anteil der Beschäftigten mit manueller Tätigkeit in der Industrie seit 1980 nicht gesunken ist, sondern mit 40 % etwa gleichblieb.

Zugleich war mit dem ungenügenden Einsatz von Nationaleinkommen für die Akkumulation in den produzierenden Bereichen verbunden, dass eine Reihe wissenschaftlich-technischer Ergebnisse nicht in die Produktion überführt werden konnten und der Anteil des Zuwachses an Nationaleinkommen aus der Senkung des Produktionsverbrauchs, der 1981 – 1985 im Zusammenhang mit der Heizölablösung 30 – 35 % betrug, in der Folgezeit zurückging.

Der Rückgang der produktiven Akkumulation ist Hauptursache für das Abschwächen des Wachstumstempos der Produktion und des Nationaleinkommens, das vor allem ab 1986 wirksam wurde, sowie zunehmender Disproportionen.

Das Wachstumstempo des Nationaleinkommens 1986 – 1990 liegt voraussichtlich mit 3,6 % bei abnehmender Tendenz bedeutend unter den erreichten Ergebnissen bis 1985. Dieser Faktor des langjährigen Rückgangs der produktiven Akkumulation wird auch nach 1990 noch wirken.

2. Im Zeitraum seit dem VIII. Parteitag wuchs insgesamt der Verbrauch schneller als die eigenen Leistungen. Es wurde mehr verbraucht als aus eigener Produktion erwirtschaftet wurde zu Lasten der Verschuldung im NSW, die sich von 2 Mrd. VM 1970 auf 49 Mrd. VM 1989 erhöht hat. Das bedeutet, dass die Sozialpolitik seit dem VIII Parteitag nicht in vollem Umfang auf eigenen Leistungen beruht, sondern zu einer wachsenden Verschuldung im NSW führte.

Hinzu kommt, dass das Tempo der Entwicklung der Geldeinnahmen der Bevölkerung höher war als das des Warenfonds zur Versorgung der Bevölkerung. Das führte trotz eines hohen Niveaus der Versorgung zu Mangelerscheinungen im Angebot und zu einem beträchtlichen Kaufkraftüberhang.

Betrachtet man als Basiszeitraum des nächsten Fünfjahrplanes die Jahre 1986 – 1989 zeigt sich folgendes Bild:

- Die Hauptkennziffern von Leistung und Verbrauch haben sich im Zeitraum 1986 – 1998 durchschnittlich jährlich wie folgt entwickelt:

Wachstum des Nationaleinkommens	3,6 %
Warenfonds zur Versorgung der Bevölkerung	4,0 %
Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung	4,3 %
Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung	4,5 %

Die Leistungsentwicklung blieb hinter den Planzielstellungen zurück. Demgegenüber wurden die Ziele auf den Gebieten der Konsumtion, des Wohnungsbaus und der Sozialpolitik übererfüllt.

Der Fünfjahrplan 1986 – 1990 sah gegenüber dem Ist von voraussichtlich 3,6 % ein durchschnittliches jährliches Wachstum des Nationaleinkommens von 4,8 % vor. Die Differenz zur tatsächlichen Entwicklung beträgt 1986 – 1990 36 Mrd. M volkswirtschaftliches Endprodukt. Der Rückstand bei der industriellen Warenproduktion beträgt 88 Mrd. M.

Der Ausgleich zwischen diesem Leistungsrückstand und der Erfüllung der sozialpolitischen Aufgaben führte zur Senkung der Akkumulation, zur Erhöhung der inneren Verschuldung und der zunehmenden Aufnahme ausländischer Kredite.

- Einer besonderen Beachtung bedarf die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Kaufkraft und Warenfonds.

Dokument:

Gerhard Schürer/Gerhard Beil/Alexander Schalck/Ernst Höfner/Arno Donda, Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, 30.10.1989

Die Nettogeldeinnahmen sind mit 4,3 % jährlich schneller gewachsen als die Warenfonds mit 4 %. Für den langfristigen Zeitraum 1980 – 1989 ergibt sich ein Verhältnis von 138,9 % Steigerung der Nettogeldeinnahmen zu 131,4 % Steigerung des Warenfonds. Das führte zu einem permanenten, sich ständig vergrößernden Kaufkraftüberhang.

Das Verhältnis der notwendigen schnelleren Steigerung der Arbeitsproduktivität gegenüber dem Durchschnittslohn hat sich in diesem Zusammenhang abgeschwächt und im Jahre 1987 aufgrund des Zusammenfallens mehrere ungünstiger Faktoren (strenger Winter, starke Ernteausfälle) umgekehrt. Für den Zeitraum 1986 – 1989 zeigt sich durchschnittlich jährlich folgendes Bild:

Verhältnis der Steigerung der Arbeitsproduktivität zur Entwicklung des Durchschnittslohnes

geplant	1,54 : 1
Ist	1,20 : 1

Die Entwicklung der Struktur der Konsumtion im Zusammenhang mit der grundlegenden Frage des Verhältnisses zwischen individueller und gesellschaftlicher Konsumtion und des im Parteiprogramm dazu formulierten Grundsatzes, dass die Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Werktätigen sich auch weiterhin hauptsächlich über das Arbeitseinkommen als wichtigste Einkommensquelle vollziehen wird, zeigt folgendes:

Während sich im Zeitraum 1986 – 1989 die Geldeinnahmen der Bevölkerung durchschnittlich jährlich um 4,3 % erhöhten, sind die indirekten Einkommen aus gesellschaftlichen Fonds, als wichtiger Bestandteil des Realeinkommens (oft auch zweite Lohntüte genannt) um 4,9 % durchschnittlich jährlich angewachsen.

Das Tempo der Entwicklung der Zuwendungen für die Bevölkerung aus dem Staatshaushalt einschließlich der Subventionen für Wohnungswesen, stabile Preise, Tarife, Bildungswesen, Gesundheitswesen, Kultur, Sport und Erholung beträgt 1986 – 1988 rund 7 % durchschnittlich jährlich.

Aus der schnelleren Entwicklung der Nettogeldeinnahmen gegenüber den Warenfonds zur Versorgung der Bevölkerung ergibt sich im Zeitraum 1986 – 1989 ein aktueller, direkt auf den Binnenmarkt wirkender Kaufkraftüberhang von 6,0 Mrd. M.

Das entspricht etwa dem Zuwachs der Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung eines ganzen Jahres.

Die Spareinlagen einschließlich Versicherungssparen erhöhten sich von 136 Mrd. 1985 auf 175 Mrd. M Ende 1989. Das Wachstum beträgt damit durchschnittlich jährlich 6,5 %.

Die Zinszahlungen an die Bevölkerung betragen 1989 voraussichtlich 5 Mrd. M. Das ist mehr als der gesamte Jahreszuwachs des Warenfonds im Jahre 1989. Das Wachsen der Spareinlagen ist einerseits Ausdruck des Vertrauens der Bevölkerung zur gesellschaftlichen Entwicklung und des Wunsches, mit wachsendem Lebensstandard über persönliche Reserven zu verfügen, hängt aber andererseits zum Teil mit nicht realisierbaren Kaufwünschen, besonders nach langlebigen und hochwertigen Konsumgütern, zusammen (PKW, HiFi-Anlagen u.ä.).

- Die Verbindlichkeiten des Staatshaushaltes gegenüber dem Kreditsystem entwickelten sich aufgrund der höheren Ausgaben gegenüber den erreichten Einnahmen von rd. 12 Mrd. M 1970 auf 43 Mrd. M 1980 und 123 Mrd. M 1988.

In den Jahren 1989 und 1990 können die höheren Ausgaben des Staatshaushaltes gegenüber den Einnahmen nur durch zusätzliche Kreditaufnahme in Höhe von 20 Mrd. M erreicht werden, so dass die Gesamtverschuldung 1990 insgesamt 140 Mrd. M beträgt. Geldumlauf und die Kreditaufnahme des Staates, darunter wesentlich aus den Spareinlagen der Bevölkerung, sind schneller gestiegen als die volkswirtschaftliche Leistung. Die ungenügende Erhöhung der Effektivität im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozess, die Angleichung der Industrieabgabepreise an den im internationalen Vergleich zu hohem Aufwand sowie die wachsende Verschuldung des Staatshaushaltes hat zu einer Schwächung der Währung der DDR geführt.

3. Der Fünfjahrplan 1986 – 1990 für das NSW wird in bedeutendem Umfang nicht erfüllt. Bereits in den Jahren 1971 – 1980 wurden 21 Mrd. VM mehr importiert als exportiert. Das ist im Zusammenhang mit der dazu erforderlich gewordenen Kreditaufnahme und den Zinsen die Hauptursache des heutigen außergewöhnlich hohen Schuldenberges.

Ab 1981 wurden die Anstrengungen darauf gerichtet, die entstandene Belastung der Zahlungsbilanz durch Einschränkungen der Importe zu verringern. Im Zeitraum 1981 – 1985 wurden

Dokument:

Gerhard Schürer/Gerhard Beil/Alexander Schalck/Ernst Höfner/Arno Donda, Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, 30.10.1989

Exportüberschüsse insbesondere im Zusammenhang mit der Ablösung von Heizöl durch Braunkohle und Erdgas und den Export von Erdölprodukten zu günstigen Preisen erzielt.

Diese Exportüberschüsse ermöglichten, den "Sockel" von 1980 – 1986 etwa auf gleichem Niveau in Höhe von 28 Mrd. VM zu halten. Ab 1986 gingen die Exportüberschüsse insbesondere im Zusammenhang mit der Reduzierung der Preise für Erdölprodukte zurück; sie betragen von 1986 – 1988 nur noch rd. 1 Mrd. VM, während allein die Kosten und Zinsen für Kredite in diesem Zeitraum etwa 13 Mrd. VM ausmachten. Das bedeutete eine grundlegende Änderung der ökonomischen Situation in der DDR.

Die Exportziele des Fünfjahrplanes 1986 – 1990 werden aufgrund der fehlenden Leistung und ungenügenden Effektivität mit 14 Mrd. VM unterschritten und der Import mit rd. 15 Mrd. VM überschritten. Darin sind die durchgeführten Importe an Maschinen und Ausrüstungen im Umfang von 6,9 Mrd. VM zur Leistungssteigerung, insbesondere in der metallverarbeitenden Industrie sowie der Mikroelektronik, enthalten.

Damit ergibt sich anstelle des geplanten Exportüberschusses von 23,1 Mrd. VM ein Importüberschuss im Zeitraum 1986 – 1990 von 6 Mrd. VM.

Das war mit einem schnellen Anstieg des "Sockels" auf 49 Mrd. VM Ende 1989 verbunden, d. h. auf 190 % gegenüber 1985. Die eingetretene Höhe des "Sockels" entspricht damit etwa dem 4fachen des Exports des Jahres 1989.

Mit den geplanten Valutaeinnahmen 1989 werden nur etwa 35 % der Valutaausgaben insbesondere für Kreditrückzahlungen, Zinszahlungen und Importe gedeckt. 65 % der Ausgaben müssen durch Bankkredite und andere Quellen finanziert werden. Das bedeutet, dass die fälligen Zahlungen von Tilgungen und Zinsen, d. h. Schulden mit neuen Schulden bezahlt werden. Zur Finanzierung der Zinsen müssen mehr als die Hälfte des Einnahmenezuwachses des Staatshaushaltes eingesetzt werden.

Bei der Einschätzung der Kreditwürdigkeit eines Landes wird international davon ausgegangen, dass die Schuldendienststrategie – das Verhältnis von Export zu den im gleichen Jahr fälligen Kreditrückzahlungen und Zinsen – nicht mehr als 25 % betragen sollte. Damit sollen 75 % der Exporte für die Bezahlung von Importen und sonstigen Ausgaben zur Verfügung stehen. Die DDR hat, bezogen auf den NSW-Export, 1989 eine Schuldendienststrategie von 150 %.

Die Lage in der Zahlungsbilanz wird sich nach dem erreichten Arbeitsstand zum Entwurf des Planes 1990 weiter verschärfen. Der "Sockel" wird bei einem NSW-Exportüberschuss von 0,3 – 0,5 Mrd. VM auf ca. 57 Mrd. VM Ende 1990 ansteigen. Die Kosten und Zinsen betragen 1990 insgesamt über 8 Mrd. VM.

Wenn der Anstieg des "Sockels" verhindert werden soll, müsste 1990 ein Inlandsprodukt von 30 Mrd. M aufgewendet werden, was dem geplanten Zuwachs des Nationaleinkommens vor 3 Jahren entspricht und eine Reduzierung der Konsumtion um 25–30 % erfordert.

Es wird eingeschätzt, dass zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit folgende Exportüberschüsse erreicht werden müssen:

- Mrd. VM -	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Exportüberschuss	2,0	4,6	6,7	9,2	10,2	11,3

Unter diesen Bedingungen entwickelt sich der "Sockel" wie folgt:

- Mrd. VM -	1990	1991	1992	1993	1994	1995
"Sockel"	55,5	62,0	63,0	62,0	60,0	57,0

Für einen solchen Exportüberschuss bestehen jedoch unter den jetzigen Bedingungen keine realen Voraussetzungen.

Die Konsequenzen der unmittelbar bevorstehenden Zahlungsunfähigkeit wäre ein Moratorium (Umschuldung), bei der der internationale Währungsfond bestimmen würde, was in der DDR zu geschehen hat. Solche Auflagen setzen Untersuchungen des IWF in den betreffenden Ländern zu Fragen der Kostenentwicklung, der Geldstabilität u. ä. voraus. Sie sind mit der Forderung auf den

Dokument:

Gerhard Schürer/Gerhard Beil/Alexander Schalck/Ernst Höfner/Arno Donda, Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, 30.10.1989

Verzicht des Staates, in die Wirtschaft einzugreifen, der Reprivatisierung von Unternehmen, der Einschränkung der Subventionen mit dem Ziel, sie gänzlich abzuschaffen, den Verzicht des Staates, die Importpolitik zu bestimmen, verbunden.

Es ist notwendig, alles zu tun, damit dieser Weg vermieden wird.

II.

Welche Schlussfolgerungen können angesichts dieser Situation vorgeschlagen werden?

1. Die grundsätzlichen gesellschaftlichen Ziele, die für die Zukunft gestellt werden, müssen mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes unter Berücksichtigung der charakterisierten ökonomischen Situation in Übereinstimmung gebracht werden.

Es ist eine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR verbunden mit einer Wirtschaftsreform erforderlich.

Die grundlegende Aufgabe der neuen Wirtschaftspolitik besteht darin, Leistung und Verbrauch wieder in Übereinstimmung zu bringen. Es kann im Inland nur das verbraucht werden, was nach Abzug des erforderlichen Exportüberschusses für die innere Verwendung als Konsumtion und Akkumulation zur Verfügung steht. Das bedeutet, dass der Zuwachs des im Inland verwendeten Nationaleinkommens zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der DDR gegenüber dem NSW in den nächsten Jahren deutlich niedriger liegen muss als die Entwicklung des produzierten Nationaleinkommens.

Grundlegende Aufgaben sind:

- Das vorhandene Leistungsvermögen unseres Landes ist umfassend auszuschöpfen durch konsequente Stärkung der produktiven Akkumulation vorrangig in Zweigen, die zur Erreichung eines wachsenden NSW-Exportüberschusses einen maximalen Beitrag zur Sicherung der Liquidität zu leisten haben zu Lasten der Investitionen in den nichtproduzierenden Bereiches bereits mit dem Plan 1990.
- Die vorhandenen Kräfte und Ressourcen sind auf die Lösung der Zulieferprobleme und die Gewährleistung der volkswirtschaftlichen Verflechtungen als bedeutende Voraussetzung der Steigerung der Leistungsentwicklung und der Arbeitsproduktivität, auf den Export zur Sicherung der Rohstofflieferungen aus der UdSSR und einen wachsenden NSW-Export sowie die Lösung der Versorgungsaufgaben der Bevölkerung zu konzentrieren.
- Es ist eine Umstrukturierung des Arbeitskräftepotentials erforderlich, um das Missverhältnis zwischen produktiven Kräften in der gesamten Wirtschaft und im Überbau zu beseitigen, d. h. drastischer Abbau von Verwaltungs- und Bürokräften sowie hauptamtlich Tätiger in gesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen.
- Als Grundlage der konsequenten Durchsetzung des sozialistischen Leistungsprinzips ist die Erhöhung der Einnahmen direkt an höhere Leistungen zu binden. Das erfordert zugleich für nicht erbrachte Leistungen, Schluderei und selbstverschuldete Verluste Abzüge vom Lohn und Einkommen.
- Die Investitionen sind für die Erhaltung, Modernisierung und Rationalisierung von Arbeitsplätzen zu erreichen, den eingetretenen Aderlass von Arbeitskräften auszugleichen und Arbeitskräfte für die neuen Prioritäten zu gewinnen.
- Zur Gewährung der Stabilität des Binnenmarktes und der Sicherung des NSW-Exportfonds müssen grundlegende Veränderungen in der Subventions- und Preispolitik erfolgen bei Erhaltung der sozial begründeten, den volkswirtschaftlich möglichen entsprechenden Maßnahmen. Alle Elemente der Subventions- und Preispolitik, die dem Leistungsprinzip widersprechen sowie zur Verschwendung und Spekulation führen, sind zu beseitigen.

Ausgehend von der Lage kann bei der Einschränkung der Subventionen kein voller Ausgleich gezahlt werden. Es sind weitere, die Durchsetzung des Leistungsprinzips fördernde, kaufkraftbindende Maßnahmen erforderlich.

Gleichzeitig sind Maßnahmen zur Kaufkraftbindung durch die Steigerung der Produktion hochwertiger Konsumgüter sowie durch höhere Veredlung zum Beispiel eigener landwirtschaftlicher Rohstoffe wie Milch und Fleisch, durch Entwicklung von Dienstleistungen und Gewerbe bzw. Bildung von Sachvermögen durch industriellen Eigenheimbau und eventuellen Kauf von Etagenwohnungen vorzuschlagen.

Dokument:

Gerhard Schürer/Gerhard Beil/Alexander Schalck/Ernst Höfner/Arno Donda, Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, 30.10.1989

- Die Stärkung der produktiven Akkumulation erfordert, für die kommende Zeit eine Reduzierung der eingesetzten Ressourcen für den komplexen Wohnungsbau, der gegenwärtig 75 % aller Investitionen in den nichtproduzierenden Bereichen beansprucht.

Hinsichtlich des Wohnungsbaus ist vor allem auf der Grundlage der Nutzung der Kapazitäten in den Territorien schwerpunktmäßig die Werterhaltung und Modernisierung vorhandener Wohnsubstanz zu sichern.

Modernisierung, Erhaltung und Neubau von Wohnungen, vor allem in den vorhandenen Wohngebieten, sind auf das engste mit der Wohnraumwirtschaft und der Wohnungspolitik als Ganzes zu verbinden.

Auf diese Weise ist eine wesentliche Erhöhung des gesamten volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses und eine Beschleunigung der Kostensenkung zu verwirklichen; durch Entwicklung der Produktionsstruktur mit hoher Devisenrentabilität muss der Beitrag zum Nationaleinkommen erhöht werden.

2. Durchführung einer Wirtschaftsreform mit sofort wirksamen und langfristig wirkenden Maßnahmen.

Als erster Schritt ist eine bedeutende Senkung des Planungs- und Verwaltungsaufwandes auf allen Ebenen notwendig.

Vorhandene Elemente einer bürokratischen Zentralisierung in Leitung und Planung, deren Bearbeitung und Lösung nicht in der Zentrale möglich und erforderlich sind, sind abzuschaffen und die Eigenverantwortung der Kombinate und Betriebe wesentlich zu erhöhen.

Dazu gehören

- Abschaffung der zentralen Planung und Abrechnung der Tagesmeldungen sowie der zentralen Dekaden- und Monatsplanung.
- Reduzierung der Aufgaben des Staatsplanes Wissenschaft und Technik von 3800 Positionen auf 600 bis 800 Positionen, die inhaltlich entscheidend sind und zentral beeinflusst und entschieden werden müssen. Gleichmaßen ist die Zahl der Staatsaufträge von rund 40 auf 25 einzuschränken. Die Möglichkeit der Abschaffung der Erneuerungspässe ist im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der bestehenden Pflichtenhefte zu prüfen.
- Die Bilanzierung der Erzeugnissortimente ist den Kombinat als Hauptproduzenten zu übertragen. Es darf keine formale Festlegung der Erneuerungsrate der Produktion geben.
- Die Verantwortung der Kombinate und Betriebe für den Prozess der Plandurchführung ist als Voraussetzung für flexibles Regieren entsprechend den Bedürfnissen des inneren und äußeren Marktes im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Fonds wesentlich zu erhöhen. Es müssen effektive Kooperationsbeziehungen im Rahmen der Volkswirtschaft der DDR sowie international, besonders mit der UdSSR, organisiert werden.

Die Übernahme von Klein- und Mittelbetrieben durch Kombinate bzw. ihre Auslastung durch zentral bilanzierte Auflagen ist einzustellen bzw. zu prüfen, wo sie wieder ausgegliedert werden können.

- Die Verantwortung der Produzenten sowie der örtlichen Staatsorgane für die Deckung des Bedarfs, insbesondere an Erzeugnissen der 1000 kleinen Dinge, ist durch Schaffung besserer materieller Voraussetzungen für die Klein- und Mittelbetriebe sowie für Handwerk und Gewerbe zu unterstützen; den ökonomischen Wirkungen von Angebot und Nachfrage und entsprechender Preisbildung auf diesem Gebiet ist größerer Spielraum zu geben.
Die Steuergesetzgebung für Handwerk und Gewerbe ist sofort zu überarbeiten.
Die Arbeitskräfteregelungen und die Investitionsmöglichkeiten sind großzügiger zu gestalten.
- Im Rahmen der auszuarbeitenden Grundsätze für die Eigenerwirtschaftung der Mittel durch Kombinate, Betriebe, Genossenschaften einschließlich Handwerks- und Gewerbebetriebe ist ein Schwerpunkt darauf zu legen, Initiativen zur zusätzlichen Valutaerwirtschaftung materiell zu stimulieren. Sie sind an den Valutaeinnahmen zu beteiligen.
- Die Rolle des Geldes als Maßstab für Leistung, wirtschaftlichen Erfolg oder Misserfolg ist wesentlich zu erhöhen.
- Der Wahrheitsgehalt der Statistik und Information ist auf allen Gebieten zu gewährleisten.

Dokument:

Gerhard Schürer/Gerhard Beil/Alexander Schalck/Ernst Höfner/Arno Donda, Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, 30.10.1989

Insgesamt geht es um die Entwicklung einer an den Marktbedingungen orientierten sozialistischen Planwirtschaft bei optimaler Ausgestaltung des demokratischen Zentralismus, wo jede Frage dort entschieden wird, wo die dafür nötige, größere Kompetenz vorhanden ist.

III.

Es ist eine neue Stufe der Zusammenarbeit der DDR mit der UdSSR zu verwirklichen.

Das erfordert die Durchführung einer Politik der Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern ohne Vorbehalte und die Beseitigung des zwiespältigen Verhaltens zur Umgestaltung in der UdSSR.

Nach Abstimmung der Rohstofflieferungen der UdSSR und der Bezahlware der DDR dafür ist als nächster Schritt die Koordinierung der Zusammenarbeit, Kooperation und Arbeitsteilung auf den Gebieten der Elektrotechnik und Elektronik sowie des Maschinenbaus notwendig. Dies gilt insbesondere für die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der höchstintegrierten Schaltkreise der Mikroelektronik und Rechentchnik.

Die Produktion und Lieferungen der DDR müssen von mit der Umgestaltung sich wesentlich ändernden Investitionsbedarf der UdSSR ausgehen. Dabei ist die Konversion von Betrieben der Verteidigungsindustrie zu unterstützen.

Es darf keine Vorbehalte zu neuen Formen der Zusammenarbeit geben (gemeinsame Betriebe). Entscheidend ist die Berechnung von Aufwand und Nutzen.

Gegenüber den anderen sozialistischen Ländern ist die konstruktive Zusammenarbeit unabhängig von der Unterschiedlichkeit der eingeschlagenen Wege bei Wahrung der ökonomischen Interessen der DDR konsequent fortzuführen. In den Rohstofflieferungen muss die Gegenseitigkeit und auf dem Gebiet der metallverarbeitenden Industrie die Arbeitsteilung unter Nutzung der vorhandenen Potenzen der DDR erweitert werden.

IV.

Auch wenn alle diese Maßnahmen in hoher Dringlichkeit und Qualität durchgeführt werden, ist der in Abschnitt I dargelegte, für die Zahlungsfähigkeit der DDR erforderliche NSW-Exportüberschuss nicht sichtbar.

1985 wäre das noch mit großen Anstrengungen möglich gewesen. Heute besteht diese Chance nicht mehr. Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25 – 30 % erfordern und die DDR unregierbar machen. Selbst wenn das der Bevölkerung zugemutet würde, ist das erforderliche exportfähige Endprodukt in dieser Größenordnung nicht aufzubringen.

Aus diesem Grunde wird über die vorgenannten Schlussfolgerungen hinaus folgendes vorgeschlagen:

4. Es ist ein konstruktives Konzept der Zusammenarbeit mit der BRD und mit anderen kapitalistischen Ländern wie Frankreich, Österreich, Japan, die an einer Stärkung der DDR als politisches Gegengewicht zur BRD interessiert sind, auszuarbeiten und zu verhandeln:

- a) Im Interesse der Stärkung der produktiven Akkumulation sind alle Formen der Zusammenarbeit mit Konzernen und Firmen der BRD sowie anderen kapitalistischen Ländern zu prüfen mit dem Ziel, mehr Waren für den Außen- und Binnenmarkt aus der Leistungssteigerung bereitzustellen. Die Refinanzierung ist aus diesen Objekten zu gewährleisten, wobei ein ökonomischer Nutzen für die DDR bzw. ein Export auf Drittmärkte ermöglicht werden muss.
- b) Die DDR ist interessiert, mit Konzernen und Firmen der BRD und anderen Ländern zu kooperieren, Lizenzen und Technologien zu übernehmen, Leasinggeschäfte durchzuführen sowie die Gestattungsproduktion weiter zu entwickeln, wenn der Aufwand refinanziert und ein Gewinn erreicht werden kann.
- c) Zur Modernisierung von mittleren und Kleinbetrieben sowie von Handwerk und Gewerbe, besonders in der Textilindustrie, der Schuhindustrie, Glas- und Keramik, Lebensmittelindustrie und Nahrungsgüterwirtschaft, deren Produktion unmittelbar versorgungswirksam werden kann, sind Kredite aufzunehmen, die durch Leistungssteigerung dieser Betriebe fristgemäß refinanziert werden.

Dokument:

Gerhard Schürer/Gerhard Beil/Alexander Schalck/Ernst Höfner/Arno Donda, Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, 30.10.1989

- d) Die DDR ist an der Beratung einiger großer Objekte der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energie, des Umweltschutzes, der Chemie und anderer Zweige, für die jeweils einzeln intensive Verhandlungen erforderlich sind und deren Realisierung im Interesse beider Parteien liegt, interessiert.
- e) Zur Erhöhung der Attraktivität des Tourismus aus kapitalistischen Ländern in die DDR sind auf der Grundlage der Refinanzierungsmöglichkeiten weitere Kapazitäten zu rekonstruieren bzw. zu erweitern. Es ist zu prüfen, dass gegenwärtig nicht voll genutzte Kapazitäten, die weder der Bevölkerung noch dem organisierten Tourismus zur Verfügung stehen, teilweise in die Kapazitätserweiterung für den NSW-Tourismus aufgenommen werden.

Es muss mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, dass der Ausweg aus der Lage die Verwirklichung der vorstehend insgesamt dargelegten Maßnahmen zur Veränderung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik erfordert.

Die Vorschläge zur ökonomischen Kooperation mit der BRD und anderen kapitalistischen Ländern sind ohne die in den Abschnitten II und III genannten Maßnahmen nicht durchführbar. Sonst würde ein Eintreten der Zahlungsunfähigkeit nicht vermeidbar sein sondern beschleunigt werden.

Alle genannten Maßnahmen müssen bereits 1992 zu höheren Valutaerträgen für die Sicherung der Liquidität des Staates führen. Trotz dieser Maßnahmen ist es für die Sicherung der Zahlungsfähigkeit 1991 unerlässlich, zum gegebenen Zeitpunkt mit der Regierung der BRD über Finanzkredite in Höhe von 2 – 3 Mrd. VM über bisherige Kreditlinien hinaus zu verhandeln. Gegebenenfalls ist die Transitpauschale der Jahre 1996 – 1999 als Sicherheit einzusetzen.

Diese Vorschläge erhöhen die Verschuldung der DDR weiter und stellen ein Risiko dar. Die Verschuldung wird jedoch langfristig und refinanzierbar konzipiert und ist verbunden mit dem Zeitgewinn für die grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR und der Vermeidung eines Diktats des Internationalen Währungsfonds.

Zur Unterbrechung der dargelegten Grundlinie der neuen Wirtschaftspolitik und als Voraussetzung für dazu erforderliche Entscheidungen sowie zur detaillierten Ausarbeitung der Vorschläge und Objekte für die ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der BRD und anderen kapitalistischen Ländern ist es erforderlich, durch die Staatliche Plankommission ein Gesamtkonzept der Entwicklung der Volkswirtschaft für den Zeitraum 1991 – 1995 auszuarbeiten und dem Politbüro im Dezember vorzulegen.

Die Verwirklichung der dargelegten Maßnahmen erfordert eine straffe staatliche Leitung und Organisation.

V.

Mit diesen in Abschnitt IV dargelegten Vorschlägen lässt sich die DDR als Land des Sozialismus, als Mitglied des Warschauer Paktes und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe leiten von der Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, von der Politik des Dialogs der Vernunft und der Entspannung.

Dabei schließt die DDR jede Idee von Wiedervereinigung mit der BRD oder der Schaffung einer Konföderation aus.

Wir sehen in unseren Vorschlägen jedoch einen Weg in Richtung des zu schaffenden europäischen Hauses entsprechend der Idee Michail Sergejewitsch Gorbatschows, in dem beide deutsche Staaten als gute Nachbarn Platz finden können.

Um der BRD den ernsthaften Willen der DDR zu unseren Vorschlägen bewusst zu machen, ist zu erklären, dass durch diese und weitergehende Maßnahmen der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit DDR – BRD noch in diesem Jahrhundert solche Bedingungen geschaffen werden, die heute existierende Form der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten überflüssig zu machen. Dies müsste jedoch verbunden werden mit eigenen politischen und ökonomischen Vorschlägen der BRD zur Entspannung und zur ökonomischen Unterstützung der DDR, wobei die Tatsache zu

Dokument:

Gerhard Schürer/Gerhard Beil/Alexander Schalck/Ernst Höfner/Arno Donda, Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, 30.10.1989

berücksichtigen ist, dass unserem Land in der Zeit der offenen Staatsgrenze laut Einschätzung eines Wirtschaftsinstitutes der BRD ein Schaden von ca. 100 Mrd. Mark entstanden ist.

Als Zeichen der Hoffnung und der Perspektive ist die DDR bereit, 1995 zu prüfen, ob sich die Hauptstadt der DDR und Berlin (West) um die gemeinsame Durchführung der Olympischen Spiele im Jahre 2004 bewerben sollten.

[Quelle: BArch, DY 30, J IV 2/2A/3252.]